

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Interatenpreise:** Die 7 gelbete Kolonellselle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gelbete Seite 1.70 Mk. Reklame-Kolonellselle 7.50 Mk. — Telefon für die Interaten-Abteilung 2721  
Schluß der Interaten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Der Schlupfwinkel für alle monarchistischen Verschwörer.

#### Die fleckbrieflich gesuchten Kapp-Putschisten in Rosenheim.

Eine treffliche Illustration zu der Aeußerung des Chefredakteurs Baeder der Deutschen Tageszeitung auf dem deutsch-nationalen Parteitage in München, „in Bayern ist im Augenblick noch ein Rest vom deutschen Rechtsstaat gerettet“, bilden die folgenden Fragen, welche die in München erscheinende Süddeutsche Presse an den bayerischen Ministerpräsidenten Kahr richtet:

„Sind Herrn v. Kahr die Zusammenkünfte in Rosenheim bekannt? Weiß er, auf welche Weise die Herren Ehrhardt und Genossen die „Einreise“ nach Bayern bewirkten? Kennt er ihre Legitimationen?“

Zwischen der Kappistenzentrale in Salzburg und der Orts in Rosenheim besteht eine innige Verbindung. Die bekannten Putschoffiziere Kapitänleutnant Ehrhardt, Oberst Bauer, Major Bischof, Hauptmann Rastl und andre sind stets bei den Sitzungen in Rosenheim anwesend. Sie können ja von Salzburg in zwei Schnellzugstunden hinfahren. Die letzte dieser Sitzungen fand am Sonnabend, 27. August, in Rosenheim statt, an der die genannten Offiziere alle teilnahmen, dazu der bekannte Oberst Kandler, Herr Kanzler und Herren „von einer andern Organisation“. Auch Ludendorff wurde ermahnt... er war aber von seiner norddeutschen Propagandareise noch nicht wieder zurück. In dieser Sitzung in Rosenheim wurde mit Genehmigung von der Ermordung Erzbergers Kenntnis genommen und die Hoffnungen ausgesprochen, daß die sozialistischen Arbeiterkreise in der Erregung über den Mord sich zu Gewalttaten hinreißen lassen und damit bewaffneten Hilfskräfte des Gegenseites zum Einschreiten geben werden. Ob dieses Eingreifen zu einem Rechtsputsch genügen würde, wagte man noch nicht zu entscheiden.“

Diese Dinge sind dem Kahr nicht nur bekannt, sondern er und die bayerische Regierung fördern sie auch offiziell und inoffiziell. Aber gerade deshalb meinte ja der Deutschnationaler Baeder, „in Bayern besteht noch ein Rest vom Rechtsstaat“, weil in den Augen aller Deutschnationalen jede Hehe zur Unterminierung der Republik recht und jede Abwehr dieser Hehe eine Verübung ist.“

### Parteitag der USPD. Oberbayerns.

#### Befriedigung über den Erzbergermord auf dem deutsch-nationalen Parteitag.

München, 5. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Parteitag der USPD. Oberbayerns, der gestern in München tagte, nahm u. a. folgende Entschlüsse an:

„Der Parteitag der USPD. Oberbayerns gibt die Entschlossenheit der gesamten Mitgliedschaft kund, die demokratisch-republikanische Verfassung des Deutschen Reiches gegen alle Anschläge monarchistisch-reaktionärer Art mit allen Mitteln zu verteidigen. Er stellt mit Entschiedenheit fest, daß auf dem deutsch-nationalen Parteitag trotz aller heuchlerischen Regie, die offiziell die Verantwortung für die politischen Mordtaten der letzten Zeit ablehnte, bei der Masse der Delegierten eine offensichtliche Befriedigung über die Beseitigung unbecommener Politiker der Republik herrschte, die in unerschöpflich neuen Neuerungen zum Vorschein kam.“

Der Parteitag weist darauf hin, daß in Bayern zur Zeit bei den amtlichen Stellen die Abgesandten der Monarchie nicht nur nicht abgeschafft sind, sondern wieder eingeführt werden. Der Parteitag verlangt, daß von der Reichsregierung energisch dagegen eingeschritten wird.“

Der Parteitag ist der Auffassung, daß nur die Beseitigung des Ausnahmezustandes in Bayern geeignet ist, der Arbeiterschaft diejenige Bewegungsfreiheit zu geben, die notwendig ist, um die reaktionären, monarchistischen Bestrebungen wirkungslos niederzuhalten.“

### Wirth stellt ein Schutzgesetz gegen die Mordpolitiker in Aussicht.

Einigung mit Bayern diese Woche.

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Reichskanzler Wirth sprach am Sonntag in Berlin in einer überfüllten Zentrumsversammlung. Er erklärte es als Aufgabe der Regierung, die Quelle der Reaktion zu verstopfen. Die Leute, die sich am 9. November in die Kaufhäuser verkrochen hätten, mißbrauchten jetzt die errungene Freiheit zu politischen Verunpimpfungen. Mit dieser Art Freiheit müsse aufgeräumt werden. Zu Bayern übergehend, meinte er, die schlimmsten Heher seien gar keine Bayern, sondern Flüchtlinge der Reaktion, die glaubte, die Reaktion des Nordens nach Süddeutschland verpflanzen zu können. Er hofft für diese Woche auf eine freundschaftliche Einigung mit der bayerischen Regierung. Sodann erklärte er, wir brauchen ein Gesetz und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt, ein Gesetz, das die Mitsbürger schützt, die im politischen Kampf stehen, was in England und in vielen parlamentarisch regierten Ländern schon längst besteht. Kommt ein solches Gesetz nicht zustande, so wird sich in Deutschland kein Mensch mehr finden, der unter solchen Verhältnissen politische Arbeit leistet.“

Ich habe bei der Zusammensetzung meines Kabinetts nicht nach der Parteistellung gefragt, ich habe mir die tüchtigsten Leute geholt, wo ich sie nur finden konnte. So habe ich mir einen Mann herangeholt, der mit seinen Ideen und Anschauungen seiner Zeit weit vorausgeht ist. Er hat ein ungeheures Einkommen im Stiche gelassen, er hat am Tage des Eintritts in die Regierung seine vielen gutbezahlten Aufsichtsratsstellungen niedergelegt, um dem deutschen Volke und der deutschen Republik zu dienen. Gegen diesen Mann ist jetzt eine elende Hehe im Gange. Mein Kollege Walter Rathenau hat dem deutschen Vaterlande und dem deutschen Volke bisher schon mehr genützt, als die ganze Stadiongeseilschaft zusammen. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Und einen solchen Mann bezeichnet man als „verfluchte Judensau“. (Zuruf: Rathenau ist gar kein Jude!) Der Reichskanzler greift diesen Zuruf auf und erklärt: Jawohl! Rathenau ist ein Jude. Er ist seinem Glauben und seinem Gette treu geblieben, und wir als Katholiken müssen vor einem solchen Manne erst recht den Hut ziehen.“

Dr. Wirth kam dann auf die „ästhetischen Artikel in dem erbärmlichen Witz“ zu sprechen, „der sich Wiesbacher Anzeiger nennt“ und schildert dann die ungeheure Erregung, die sich der Massen bemächtigt, als er, der Reichskanzler, am offenen Grabe Erzbergers sprach.

Am die Rede anknüpfend, spricht sich v. Gerlach in der Welt am Montag gegen die Beschränkung der Pressefreiheit aus. Er richtet an Wirth die Mahnung, daß vor allem eine Justizreform nötig sei. Ausnahmeverordnungen könnten nur von kurzer Dauer sein. Vor allem müsse die Justiz gesäubert werden. Die Regierung müsse von der Defensiv zur Offensiv übergehen und schließlich empfehle Gerlach als vorbeugende Maßnahme die Verbannung der Hohenzollern.“

Wir stimmen v. Gerlach durchaus zu. Das Schutzgesetz wird man sich sehr genau ansehen müssen. In der Hand von reaktionären Staatsanwälten und Richtern würde es großes Unheil anrichten können. Garantien für die Säuberung der Justiz sind also vor allem nötig.“

### Die monarchistischen „Schüler der Verfassung“.

Stresemann will eine Politik der Mitte.

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Magdeburg bekannte sich Stresemann in einer öffentlichen Versammlung am Sonntagabend aufs neue zur Monarchie. Ueber dem Monarchismus siehe jedoch der Gedanke, daß das Volk nicht durch einen Bürgerkrieg leiden dürfe. Von der Regierung verlangte er die unparteiische Anwendung des Ausnahmezustands und die Herstellung geordneter Verhältnisse gegen die Willkürakte linksradikaler Parteien. Es sei verkehrt, die heutigen Verhältnisse als Dauerverhältnisse anzusehen, und wie Professor Spahn ein Bloß der Rechten zu propagieren, dem eine linke Mehrheit im Reich und in den meisten Ländern gegenüberstehe und so die Spaltung des Volkes in zwei Teile zur Dauererscheinung machen zu wollen. Bei unferen Verhältnissen sei nur eine Kompromisspolitik möglich, die Politik der Mitte bedeute eine starke Realpolitik.“

### Kommunistische Rundgebung in Berlin.

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rundgebung der Kommunisten für die Hilfsaktion zugunsten Kublands im Berliner Lustgarten ist ruhig verlaufen. Der Lokalanzeiger meldet von einer recht bescheidenen Demonstration, während die Montagspost von „relativ“ großer Teilnahme spricht dabei allerdings die Menge kleine und kleinster Kinder hervorhebt.“

### Reinigung in der kommunistischen Partei.

Wolff Hoffmann auf der Strecke.

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie die Berliner Montagspost erzählt, ist bei der Kandidatenausschreibung der KPD für die Stadtverordnetenwahlen im Oktober Wolff Hoffmann in seinem alten Bezirk einem jüngeren, waschechten Kandidaten der Linken unterlegen. Auch zahlreiche andre bekannte Stadtverordnete lehnen nicht auf ihre Sitze zurück.“

### Die Zeitungsverbote.

Halle, 3. September. Der Halleischen Zeitung ist auf ihre Verordnungen beim Minister die Genehmigung zum Wiedereerscheinen erteilt worden.“

Königsberg, 3. September. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ist die Dörmelische Zeitung durch Verfügung des Polizeipräsidenten verboten worden.“

### Ablenkungsversuche.

#### Die Gegenrevolution agiert mit dem kommunistischen Kindererschreck!

In verschiedenen Orten ist es infolge frecher Provokation der Deutschnationalen zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Gegenrevolutionären gekommen, wobei sich die letzteren als wohlbewaffnet erwiesen haben — Arbeiter sind erschossen oder schwer verletzt worden, während die Gegenrevolutionäre mit Prügelein davon gekommen sind. Die Vorgänge in Chemnitz, in Stralau sind dafür charakteristisch. Die fingerfertigen Zeitungs-schreiber der Reaktion aber benutzen diese, durch die Provokationen ihrer Anhänger herbeigeführten Zusammenstöße, um über gefährliche Bedrohung „des ruhigen Bürgers“ zu zetern und die deuschnationalen Schickselhelden als die verfolgten Unschuldslämmer hinzustellen. Nach ihrer Darstellung ist die Ruhe und Ordnung durch „kommunistische“ Gewalttat auf das schlimmste bedroht und die Reichsregierung und die Behörden mühten nach ihnen sofort einen energischen Feldzug gegen links unternehmen. Wie nach dem Kapp-Putsch möchte man die Aktion gegen die Feinde der Republik in eine Aktion gegen die Verteidiger der Republik, gegen die Arbeiterschaft umbiegen, und die von den Gegenrevolutionären verschuldeten vereinzelt Ruhestörungen sollen dazu den willkommenen Vorwand geben. Es wird untergeordnete Behörden genug geben, die dieses Rezept, das ihnen die Fakenkreuzpresse verschreibt, gern anwenden würden. Es ist die Pflicht der Reichsregierung und der Landesregierungen, hier nach dem Rechten zu sehen und dafür zu sorgen, daß diese Spekulation zuhause nicht wird, daß die Ortsbehörden nicht vergessen, daß die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten dem Schutze der Republik gilt!“

Daß die von den Schwerindustriellen ausgeschalteten Blätter und Nachrichtenbureaus systematisch versuchen, die Deffektivität gegen die Arbeiterschaft einzunehmen und die Nordagitation der Gegenrevolutionäre durch allerlei Gruselfablen von gefährlichen „Instabilen Aufschlägen“ zu verdecken, versteht sich. Die sich häufenden Neuierungen der Verführung über die Ermordung Erzbergers im Lager der Gegenrevolution werden von diesen ehrenwerten Organen der Lüge ihren Lesern verschwiegen — in den Herfurthener Fakenkreuzblättern findet man selbstverständlich kein Wort darüber. Dafür aber bringt das Abend-Fakenkreuzblatt Herfurths eine Schauernachricht über eine fürchterliche Verschwörung von Kommunisten in Berlin. In einer Sitzung von Vertrauensleuten der Betriebsorganisation vom 31. August sei von einem Sprecher ausgeführt worden, mit den bisherigen Methoden zum gewaltigen Vortreiben der Revolution, die in der nächsten Zeit ausbrechen werde, sei nicht vorwärtskommen (man beachte die kostbare Logik des Epithets: Die Revolution wird in nächster Zeit ausbrechen, aber die bisherigen Mittel zu ihrem Vortreiben haben versagt!). Aber auf Massenaktionen des Proletariats sei nicht mehr zu rechnen bei der politischen Mäßigkeit (nachdem eben die Demonstration vom 31. August alle früheren an Größe und Wucht übertrafen hat!). „Deshalb müsse die Parole ausgegeben werden: Zurück zum kleinen Terror, der im zaristischen Rußland so gut die Revolution vorbereitet habe. Jeder Richter, der einen „Genossen“ verurteile, müsse mit Dynamit beseitigt werden. Brandstiftung in den Beurgewerksvereinen. Sprengung der Elektrizitätswerke sei die Parole.“ Bei der Erörterung war man nur unschlüssig, ob zunächst die Rotenpresse stillzulegen sei durch Sprengung der Reichsdruckerei und der Reichsbank oder die gewalttätige Zerstörung des Haupttelegraphenamts und somit der Nachrichtenübermittlung des Staatsapparats. Hinzugefügt wird, daß die Betriebsorganisation eine Gründung der KPD. und der RPD. sei; das Lokal, in dem die Verschwörer tagten, wird genannt (Woblers Festhalle in der Weberstraße) und dann wird ernsthaft versichert: Bei der Stärke der B. O. und ihrer vortrefflichen Organisation sind die Drohungen durchaus ernst zu nehmen.“

In der deuschnationalen und „parteilosen“ Presse wimmelt es von ähnlichen Schwindelmeldungen. Der Berliner Lokalanzeiger, den die Weltbühne mit Recht „das Blatt für die Idioten der Reichshauptstadt“ getauft hat — er ist ein würdiges Gegenstück zu den Leipziger Fakenkreuzblättern — brachte in seiner Sonnabend-Abendausgabe eine Notiz: Trotzky will Revolution in Deutschland machen. Es ist eine Meldung des Pariser Journals, der schon in den einseitigen Worten der Schwindel auf den ersten Blick anzusehen ist. Die niederlichen Schmierfinken des Pariser und des Berliner Gehöhltes haben in ihrem blinden Eifer, Material gegen die Linke zu finden, nämlich nicht für nötig befunden, die Wendung in diesen einseitigen Worten zu streichen, Trotzky habe gesagt, die Sowjetregierung habe den Kongreß der dritten Internationale auseinanderzujagen müssen, weil zu wenig Teilnehmer ihre Pläne billigten. Die gewissenhaften Schornalisten wissen also einstweilen nicht einmal, daß Trotzky und Lenin auf dem Kongreß der kom-